

Erklärung Berliner sozialer Organisationen:

Wir stehen hinter den Berliner Registern - Für eine solidarische und vielfältige Stadtgesellschaft ohne Diskriminierung!

Seit September 2023 gab es über mehrere Wochen einen Shitstorm gegen die Berliner Registerstellen, die seit fast 20 Jahren ein Monitoring rechter und diskriminierender Vorfälle im Berliner Stadtgebiet umsetzen. Nachdem in der Neuen Zürcher Zeitung ein diffamierender Artikel über die Arbeit der Registerstellen erschienen war, schlossen sich Teile der AfD, das Portal Focus-Online mit zwei Artikeln, die Junge Freiheit, Tichys Einblick und andere „alternative Medien“ der Neuen Rechten der Verächtlichmachung der Arbeit der Berliner Registerstellen an. Auf Youtube und X/Twitter wurden die diffamierenden Beiträge hunderttausendfach angesehen. Es folgten Hunderte E-Mails, Falschmeldungen und Anrufe bei den Berliner Registern. Teile der AfD flankierten den Shitstorm durch parlamentarische Anfragen und Anträge, die die inhaltliche Arbeit, die finanzielle Ausstattung und die Glaubwürdigkeit der dokumentierten Vorfälle in Frage stellten. Anhand der erschienenen Artikel und der Reaktionen, die die Veröffentlichungen bei Sympathisant*innen der AfD erzeugten, wurde deutlich, dass es um mehr geht als die Einschüchterung der Berliner Register.

Es geht um die Demokratie!

Wir, zivilgesellschaftliche soziale Organisationen und demokratischer Projekte in Berlin, stellen klar: Wir lassen uns nicht spalten. Wir stehen für gesellschaftlichen Zusammenhalt. Wir setzen uns ein für Demokratie, Menschenrechte und den Schutz von Minderheiten. In unserer täglichen Arbeit in den Kiezen, Ortsteilen und Bezirken stehen die Menschen im Mittelpunkt, unabhängig von Herkunft, Religion, Geschlecht(sidentität), sexueller Orientierung, Alter oder körperlicher Verfassung. Wir stehen ein für eine solidarische, inklusive und demokratische Stadtgesellschaft.

Als Organisationen im sozialen Sektor übernehmen wir Verantwortung für die gesellschaftliche Inklusion und Akzeptanz der Lebensrealitäten vieler verschiedener Menschen: sei es in Kitas, Jugendfreizeiteinrichtungen, Nachbarschaftszentren, Schulen, Beratungs- und Bildungsangeboten. Geflüchtete, Migrant*innen, Menschen unterschiedlichster Lebensweisen und Geschlechtsidentitäten, alte und junge Menschen, sozial benachteiligte und/oder Menschen mit Behinderungen sind in unseren Einrichtungen Normalität und sie werden es auch weiterhin bleiben.

Es geht (auch) um die Landtagswahlen. Bewusst gewählte Narrative knüpfen an Emotionen (extrem) rechter Wählerschaft an.

Im Vorfeld der Landtagswahlen in Bayern und Hessen im Oktober 2023 sowie in Sachsen, Thüringen und Brandenburg im kommenden Jahr 2024, versucht die AfD, das größtmögliche Wählerpotenzial hinter sich zu bringen. Dafür wird auf starke Emotionen wie Angst, Empörung und Hass gesetzt, die über Falschdarstellungen und bestimmte Schlagworte wie „Gesinnungsdiktatur“, „Petzportal“, „Denunziation“ hervorgerufen werden. Vorwürfe, zivilgesellschaftliche Meldestellen, wie die Berliner Register, seien mit der Gestapo oder der Stasi vergleichbar, begleiten die Dokumentationsarbeit seit ihrer Gründung. Dabei stand bei der Registerarbeit von Anfang an die Perspektive von Betroffenen und die Beschreibung der Funktionsweisen von Ausgrenzung und Diskriminierung im Vordergrund,

nicht die Rolle von Einzelpersonen. Die Skandalisierung der zivilgesellschaftlichen Dokumentationsarbeit in einem konzertierten Shitstorm gegen die Berliner Register zum jetzigen Zeitpunkt ist nicht zufällig gewählt. Die Ziele sind die Einschüchterung derer, die sich für Menschenrechte sowie Demokratie stark machen und die Mobilisierung von Wählerstimmen für die AfD.

Dieses Mal waren die Berliner Register betroffen, morgen wird es ein anderes Projekt, eine andere Person, eine andere Organisation oder eine*n Politiker*in treffen. Das Bild, das mit den gezielten Angriffen in der Öffentlichkeit der (extrem) rechten Medien erzeugt werden soll lautet: Ein elitärer Zirkel aus Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung stecke unter einer Decke, um den „großen Austausch“, „die Gesinnungsdiktatur“ umzusetzen oder die Meinungsfreiheit abzuschaffen. Einzig wählbar sei die AfD.

Dass die extreme Rechte Erfolge mit ihrer Strategie verzeichnet, ist Tatsache. Dem werden wir etwas entgegensetzen!

Wir stehen für gesellschaftlichen Zusammenhalt. Wir setzen uns ein für Demokratie, Menschenrechte und den Schutz von Minderheiten.

Eine Grundlage unserer Arbeit ist die Positionierung gegen Rechtsextremismus, Rechtspopulismus und menschenverachtende Einstellungen. Unsere Einrichtungen und Projekte schaffen Räume, die Schutz vor Diskriminierung, Rassismus und Ausgrenzung bieten wollen. Dies beinhaltet nicht nur das Benennen von Phänomenen, sondern auch die Auseinandersetzung mit den dazu gehörenden Parteien, Vereinen und Organisationen. Erst durch die Sichtbarmachung von Diskriminierung wird diese auch besprechbar. Die Sprachlosigkeit, die Diskriminierungserfahrungen und rechten Bedrohungen innewohnt, muss überwunden werden, um Betroffenen Unterstützung anbieten und lösungsorientierte Handlungsstrategien entwickeln zu können.

Die Berliner Register unterstützen uns dabei. Sie leisten in Berlin einen aktiven Beitrag, den unterschiedlichen Perspektiven auf Ausgrenzung und Benachteiligung Gehör zu verschaffen und die Strukturen der extremen Rechten zu thematisieren. Das Sichtbarmachen dieser Phänomene trägt dazu bei, dass eine gesellschaftliche Debatte über den Schutz von Minderheiten stattfinden kann. Die Gegner*innen der zivilgesellschaftlichen Dokumentationsstellen negieren vorhandene Diskriminierung und wollen sie aus der Wahrnehmung der Gesellschaft drängen. Das befördert die Benachteiligung von Minderheiten und verhindert die gesellschaftliche Auseinandersetzung.

Wir lassen uns nicht spalten. Wir werden die organisierten Angriffe auf zivilgesellschaftliche und soziale Strukturen nicht schweigend tolerieren. Wir stehen weiterhin gemeinsam für eine solidarische und vielfältige Stadtgesellschaft ein.

